



GRÜNZEUG

Monatlicher Newsletter des grünen Auricher Ortsverbandes und seiner Fraktion im Stadtrat

Newsletter 2/April 2017

Liebe Leser*innen, Interessierte und Sympathisantinnen der Grünen



Rechtzeitig zu Ostern kommt nun der zweite Versuch, einen interessanten Newsletter mit Hintergrundinformationen und aktuellen Debattenbeiträgen zu gestalten. Die Rückmeldungen zur ersten Ausgabe hielten sich in Grenzen, aber in grünen Kreisen ist das ja schon fast ein Kompliment. Diesmal haben wir eine Bandbreite von Beiträgen, die hoffentlich Euer Interesse findet. Wir möchten Euch weiterhin ermutigen, eigene Beiträge und Reaktionen zu schicken. Eine Zensur findet nicht statt. Für mit Namen gekennzeichnete Artikel zeichnen die Verfasser*innen verantwortlich.

Hier kommt die Übersicht:

1. Aktuelles
2. Haushalt.....Seite 2
3. Sozialer Wohnungsbau.... Seite 5
4. Radverkehrskonzept.....Seite 6
5. Fair Trade.....Seite 7
6. Konzessionsverträge.....Seite 8
7. Aufreger des Monats Seite 10

Aktuelles



Wir unterstützen das Aktionsbündnis zum Erhalt der drei Krankenhäuser. Unser Ortsverband hat am 10.04.2017 in der monatlichen Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit entschieden, das Aktionsbündnis zum Erhalt der Krankenhäuser zu unterstützen. Vorangegangen war bereits unser Einsatz für das Bürgerbegehren, denn wir sind der Meinung, dass eine derart wesentliche Frage wie der Erhalt oder Nicht-Erhalt der Krankenhäuser von den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden soll. Es bleibt den Mitgliedern

dennoch unbenommen im Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid für oder gegen dieses Ziel zu stimmen, denn bei uns wird "niemand über den Gleichrichter gezogen". Der

Ortsverband wird den Beschluss dadurch umsetzen, dass wir einen regelrechten Wahlkampf für den Erhalt der Kliniken führen werden. Wir wollen nicht die Konservierung des unbefriedigenden Jetzt-Zustandes, sondern die Schaffung einer modernen und zukunftsfähigen Verbundlösung, wie sie beispielhaft u.a. von dem Klinikum Leer vorgelebt wird.

Gunnar Ott, Sprecher

Das bisschen Haushalt, Teil 2

Von Gila Altmann

Der letzte Monat war dominiert von den Haushaltsberatungen. In den Fachausschüssen wurden die verschiedenen Produkte den Kürzungsmöglichkeiten bei den freiwilligen Leistungen unterzogen. Das betraf besonders Sport- und Kulturvereine sowie Bildungseinrichtungen. Die freiwilligen Feuerwehren und Boßelvereine schafften es durch beeindruckende Präsenz, das Schlimmste abzuwenden und annähernd ihre Anträge bewilligt zu bekommen. Die Aufreger aus grüner Sicht waren die Bewilligung von nur 15.000 Euro bei einem seriös begründeten Antrag von 40.000 und einem überzeugenden Konsolidierungskonzept sowie der Umgang mit dem Musikalischen Sommer, der leer ausging. Anstatt froh zu sein, so ein kulturelles Highlight in Aurich zu haben, konnte man sich nicht mal eine symbolische Unterstützung vorstellen. Ein Antrag über 5.000 Euro scheiterte. Weitere Einzelheiten dazu findet Ihr im Artikel von Viola Czerwonka.



Was uns letztendlich auffiel war, dass die Verwaltung selbst sehr zurückhaltend war in ihren Sparbemühungen. Nach Ende der Fachdebatten und einer abschließenden Änderungsübersicht haben wir darum zwei Anträge eingebracht, die im Ergebnishaushalt in den Haushaltstiteln „außerordentliche Aufwendungen“ und „sonstige außerordentliche Aufwendungen“ ein Einsparpotential von über 7 Mio Euro erbracht hätten. Und zwar nur dadurch, dass man die Ausgaben auf das Ergebnis von 2015 zurückgeführt hätte. Die großen Sprünge besonders von 2015 bis 2016 sowohl insgesamt als auch in den Teilaushalten waren nicht nachvollziehbar. Obwohl es sich um Änderungsanträge handelte, die fristgerecht eingebracht waren, plädierte der Finanzausschuss am 2.3. 17 auf Nichtbefassung, nachdem Stadtrat Kuiper mit merkwürdigen Argumenten und „geht nicht“ die Anträge kommentierte. Da der Haushalt erst am 26. 4 beschlossen wird, verhallte auch der Vorschlag einer weiteren Finanzausschusssitzung ungehört. Die Anträge sind auf der Homepage des OV Aurich in der Rubrik Stadtrat abgespeichert.

In der Zusammenfassung findet Ihr noch einmal die Gründe, warum wir als Fraktion den Haushalt 2017 ablehnen werden.

1. Grüne Position zum Haushalt 2017 zusammengefasst für die Ratssitzung am 26.04.2017



Obwohl wesentliche Entscheidungen vor der Zeit der jetzigen Fraktion der Grünen gefallen sind, die jetzt zu einem massiven Defizit führen, sind wir bereit und willens unseren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts zu leisten und auch für unpopuläre Einsparungen die Verantwortung zu übernehmen.

Das betrifft sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabenseite. Das darf allerdings nicht einseitig erfolgen besonders wenn es die freiwilligen Ausgaben betrifft und zu Lasten der Sozial- und Bildungsausgaben gehen soll. Deshalb ist auch die Verwaltung gefordert, ihre Haushalte zu überprüfen und Vorschläge zu machen, um ein deutliches Signal der gemeinsamen Anstrengungen zu setzen. Hierauf zielen unsere beiden Anträge ab.

Unsere Kritik am Haushalt zielt auf Investitionen, die wir unter der derzeitigen Situation für unnötig bzw. aufschiebbar halten:

1. Das betrifft die Erweiterung der Baalje mit geplanten 1,1 Mio. Die Probleme der Bakterien sind mit einem professionellen Poolmanagement in Griff zu kriegen. Die Kapazitätsprobleme in der Sauna sind ebenfalls organisatorisch in den Griff zu bekommen. Die 200.000 Einsparungen, die sich halten wir für unrealistisch.
2. Upstalsboom 110.000 (- 15.000) bis 2018. Kritik am Konzept.
3. Die Kürzung für den Rufbus um 50.000 ab 2018: Hier sollte man auf Erfahrungen ähnlich gelagerter Regionen zurückgreifen.
4. Die Höhe der Zuwendungen zu den Betriebsgesellschaften (ABH/EEZ, 1,5 Mio, davon Abschreibungen 1.397.100,00), Familienzentrum (275.000) und EAE (1.100.000,00, davon Abschreibungen 152.000,00), die als nicht verhandelbar gelten.
5. Die Streichung von mindestens 10 Mio Euro für den sozialen Wohnungsbau. Das EEZ, die Baalje und das Familienzentrum wurden aus dem laufenden Haushalt bezahlt. Bei bezahlbarem Wohnraum wie wir ihn verstehen und der zur Daseinsvorsorge gehört, verlässt man sich auf Inverstoren.

Die 12 Mio für 4 Jahre wurden stattdessen für den sozialen Wohnungsbau ersatzlos gestrichen, um die verbliebenen 2 Mio Euro in der Norderstraße als „bezahlbaren Wohnraum“ und als Domizil der Stadtwerke zu investieren. Der Krähenestergang wird nur im nächsten Jahr finanziert, falls sich kein Investor findet.

Für die ehemalige Kaserne, auf deren Gelände kostengünstiger Wohnraum seit einem Jahr brachliegt, wurden dagegen keine Maßnahmen ergriffen. Allein, dass man das Gelände an der Skagerragstraße einem Investor überlassen hat, ist aus wirtschaftlicher Sicht kurzsichtig, zeigt aber die Richtung, in die es gehen soll: **An sozialem Wohnungsbau hat die Stadt kein Interesse.**

Auch das Thema Obdachlosigkeit spielte bei den Haushaltsberatungen keine Rolle. Die Debatte im Sozialausschuss wurde zuerst geschoben und dann mit Desinteresse von Verwaltung und Politik beantwortet.

6. Weiterhin sind für den Knotenpunkt Esenserstr/ Südeweg 879.000 Euro eingestellt, um damit den in Bau befindlichen Supermarkt mit einer angepassten Anbindung zu unterstützen. Im Haushalt 2016 waren unter dieser HH- Stelle Mittel für die „Sanierung Südeweg und Sandhorster Allee“ von 599.700 Euro vorgesehen. Jetzt wird die dringend benötigte Sanierung des Südeweges und der Sandhorster Allee auf unbestimmte Zeit verschoben.
7. Im gleichen Zuge hat man das Europa-Haus und den Musikalischen Sommer mit Peanuts abgespeist bzw ihm ganz die Unterstützung verweigert. Auch den Sportvereinen, die aus unserer Sicht eine wesentliche Rolle im sozialen Leben spielen, mutet man eine 10% ige Kürzung zu bzw kürzt die die Mitgliederzuschüsse um fast 17% von 15,00 auf 12,50 Euro.
Auch bei der Wirtschaftsförderung wird mit zweierlei Maß gemessen. Sind die Ausgaben für das Stadtfest zu hoch, wird für den Weihnachtszauber eine dezidierte Abrechnung verlangt so sollte das ebenfalls für die Betriebsgesellschaften und die Markthalle gelten. Die Markthalle wird jährlich mit über 80.000 Euro bezuschusst. Der Vertrag läuft 2018 aus.

Sparen, sparen, sparen

Von Viola Czerwonka



Am 21.03.2017 tagte der Schul- und Kulturausschuss in den Räumen der Grundschule Walle. Unter dem Thema städtischer Haushalt wurden Anträge auf Zuschüsse von verschiedenen Institutionen und Organisationen behandelt. Hier fand ein regelrechter Kahlschlag statt – einige Fraktionen hatten sich offensichtlich blind „Geiz ist geil“ auf die Fahnen geschrieben und lehnten

die teils bitter nötigen Zuschüsse ab oder minderten diese auf einen unangemessen niedrigen Betrag. Einen Einschnitt mit Vorbehalt erfuhr auch das bisher jährlich stattfindende Auricher Stadtfest, welches nach Beschluss nun nur noch im zwei-jährigen Rhythmus stattfinden soll, wenn kein kostengünstigeres Konzept entwickelt wird.

Von der Lamberti-Gemeinde wurde finanzielle Unterstützung für den Bau eines Fahrstuhls (Gesamtkosten ca. 300.000€) beantragt. Mit dem scheinheiligen Argument im Antrag, die Kirche wolle die Inklusion vorantreiben und auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen die Möglichkeit bieten, an Veranstaltungen in den oberen Gemeindehäusern teilzunehmen, wickelte diese so gut wie alle Fraktionen moralisch um den Finger. Großer Lobgesang kam vor allem von der GAP-Fraktion und selbst die Linke formulierte der Kirche gegenüber durchaus positive Worte. Beide Fraktionen mussten die Ablehnung des Antrages allerdings mit Bezug auf die klamme Haushaltslage bereits ankündigen.

Dass die Lamberti-Gemeinde jedoch nicht den Schwerpunkt auf Inklusion und Soziales legt, sondern bei ihren Mitgliedern in erster Linie für Prestigeprojekte wie ein drittes Orgelwerk (geschätzte Kosten ca. 80.000€) Spenden sammelt, war anscheinend keiner anderen Fraktion bewusst. Aus der Sicht der grünen Ratsfraktion sollte sich die Lamberti-Kirche zunächst einmal Gedanken über die Verteilung der eigenen Gelder machen, bevor auf zusätzliche staatliche Gelder gedrängt wird. Dabei denken wir nicht nur an einen Fahrstuhl, sondern auch an die vielen ehrenamtlichen Helfer. Hier wären Gelder sicherlich besser angelegt, als in einem unnötigen Umbau der voll funktionsfähigen und klanglich bereits ausgezeichneten Orgel.



©Ren Lashan - iStockphoto.com/1118807

Auch das Europahaus stellte einen Antrag auf Bezuschussung (Antrag: 40.000€). Benötigt wird dieser unter anderem für einen Fettabscheider und Brandschutzmaßnahmen. Frau Pilk, die neue Leiterin des Europahauses, hat hierfür eine fundierte Kalkulation aufgestellt. Der Ausschuss fand umfangreich ausformulierte, warme Worte und lobte das Europahaus in allen Tönen. Am Ende wurde trotzdem nur ein stark gekürzter Zuschuss von 15.000€ beschlossen. Aus grüner Sicht sind 15.000€ ein Tropfen auf den heißen Stein. Frau Pilk hat seit Leitungsübernahme einen harten Konsolidierungskurs gefahren, der von den Angestellten sogar durch Verzicht auf Gehaltserhöhungen unterstützt wird. Dass bitter nötige Investitionen, die für eine erfolgreiche Konsolidierung notwendig sind, nun durch einen viel zu geringen Zuschuss ausgebremst werden, ist in unseren Augen ein Armutszeugnis für die ökonomische Kompetenz des Ausschusses. Anscheinend ist einigen Ausschussmitgliedern zudem nicht bewusst, dass das Europahaus einen enorm wichtigen Beitrag zur – eigentlich staatlichen Aufgabe – der politischen Willensbildung leistet.

Bei der Behandlung des Antrages zur Bezuschussung des Musikalischen Sommers äußerten sich die anwesenden Fraktionen zwiespalten. Die eine Seite (SPD/CDU) betonte, dass aufgrund der Haushaltslage kein Geld zur Verfügung gestellt werden könne. Die andere Seite (v.A. Grüne, GAP, Linke) betonte die Großartigkeit des Musikalischen Sommers und seine Strahlkraft über regionale Grenzen hinweg. Nachdem der GAP-Antrag zu einer Bezuschussung von 5.000€ von der Mehrheit abgelehnt wurde, beantragte die CDU eine grundsätzliche Entscheidung darüber, ob der Musikalische Sommer gefördert werden solle. Auch hier bildeten die Stimmen von SPD und CDU eine Mehrheit und lehnten eine Förderung grundsätzlich ab. Als Grüne haben wir uns bei dieser Abstimmung enthalten, da wir einer rein symbolischen Bezuschussung in lächerlich geringer Höhe, welche auch im Gespräch war, abgelehnt hätten. Dem Wert einer kulturellen Veranstaltung in diesem Kaliber wäre eine solche Bezuschussung nicht gerecht geworden.

Zum Schluss kam das Thema Stadtfest auf die Tagesordnung. Die SPD fand unseren grünen Vorschlag über ein kostengünstigeres Stadtfest anscheinend besonders gut und formulierte hierzu direkt einen Antrag. Nach diesem soll das Stadtfest nach 2017 nur alle zwei Jahre stattfinden, soweit die Verwaltung kein neues Konzept erarbeitet, was ausdrücklich erwünscht ist. Nachdem die gewohnten schmeichelnden Worte folgten, wurde der Antrag mit breiter Mehrheit beschlossen.



Insgesamt kam es zu vielen Kürzungen im Bereich Kultur, die im Vergleich zu beispielsweise den ordentlichen Aufwendungen der Stadt Aurich (ca. 110.000.000€) jedoch so gering sind, dass sie keinen relevanten Spareffekt auf den Haushalt haben werden. Wirklich profitieren wird am Ende niemand, die kulturelle Förderung erhält jedoch einen Dämpfer. Wie sinnvoll dies ist, sollte noch einmal ernsthaft überdacht werden.

2. Sozialer Wohnungsbau - wegrationalisiert

Ein weiterer Aufreger ist das Kürzen der 12 Mio Euro für 4 Jahre auf nunmehr gerade noch 2 Mio, die dann für „bezahlbaren Wohnraum“ in der Norderstrasse für 5 Wohnungen für 19 Personen und die Geschäftsstelle der Stadtwerke versenkt werden sollen. Gegen letzteren Plan wenden sich die Geschäftsleute der Norderstraße mit Vehemenz, da sie eine weitere Verödung durch zu wenig Kundenbewegungen befürchten.

Wohnungsmarkt in Aurich: Die Konkurrenz und das Geschäft

Überlegungen von Edzard de Vries

Was für Auswirkungen könnte es haben, wenn in ausreichender Anzahl „bezahlbare Wohnungen“ vorhanden wären.

Wie stellt sich der Wohnungsmarkt in Aurich auf? Vor einigen Jahren hat man in der Tageszeitung unter der Rubrik „Wohnung gesucht“ recherchiert – in der Wochenendausgabe (18.03.2010) der Ostfriesischen Nachrichten war lediglich eine Wohnung, ein Reihenhauseinzelhaus von 120 m² von privat, angeboten. Die Vermietungen in Aurich laufen über Immobilienmakler oder Wohnungsbaugesellschaften. Sicher auch durch persönliche Kontakte und das Internet – hier aber auch überwiegend Immobilienmakler.



Die Vermieter können sich ihre Mieter*innen aussuchen. Bei qualitativ guten Wohnungen geht fast alles über Immobilienmakler. Die Courtage zahlt zwar der Auftraggeber = Vermieter – aber in der Praxis zahlt der Mieter in Form von Schreib- und Bearbeitungsgebühr die Courtage. Über einen Immobilienmakler eine Wohnung zu bekommen ist mit einigen Hürden verbunden – von Selbstauskunft über Schufa bis zum Empfehlungsschreiber der Vorvermieter wird vieles gefordert. Ohne entsprechender positiver Erwartung des Vermieters bleiben nur Wohnungsbaugesellschaften, da ist aber

teilweise die Qualität unterirdisch schlecht (als Beispiel: Wohnungen in der Wiesenstraße oder Popenser Straße).

Sollte sich ein Konzept von bezahlbarem Wohnraum für beide Mietergruppen durchsetzen (*die Maklergruppen, die sich für eine Wohnung prostituieren oder sich für eine Wohnungsbaugesellschaft entscheiden*) würde sich der Wohnungsmarkt verschieben. Wenn es eine andere interessante Alternative – wie ein neuer ansprechender Stadtteil (Beispiel Kasernengelände)- der preislich und wohnlich lebenswert ist entsteht, gibt es eine ganz andere Situation für Mieter*innen ... aber auch für Vermieter*innen! Bis auf wenige Ausnahmen (Obdachlose – aber auch für die kann gesorgt werden) wohnen die bisherigen Menschen, die eine Wohnung suchen, irgendwo. Teilweise unter sehr schlechten Bedingungen, bei den Eltern, mit sehr vielen auf kleinsten Raum – oder mit Mietbelastungen, die zu hoch sind sodass teilweise Nebenjobs ausgeführt werden müssen. Für die Mietsuchenden wäre es eine Entlastung – ohne Frage.

Aber welche Auswirkungen wird dieses auf Vermieter haben? Wohnungsbaugesellschaften müssen ihre „Standards“ hochschrauben, damit die Wohnungen wieder zu vermieten sind – oder neue schaffen. Vermieter können keine überzogenen Mieten mehr verlangen. Die Rendite wird sinken – Wohnungen werden an Wert verlieren. Kapitalanleger suchen sich andere Wirkungsstätten.

Auch nicht zu vernachlässigen sind die anderen Beteiligten. Nicht nur die Vermieter profitieren von den hohen Mieten. Da wären die Banken – die weniger an Krediten verdienen, Immobilienmakler – mit weniger Umsatz und sinkendem Wert der Häuser, Bausparkassen – mit weniger Umsatz, Energieversorger – mit weniger Verbrauch, Anwälte – mit weniger Klagen. Viele verdienen mit an den hohen Mieten. Auch das Thema Macht spielt eine Rolle – wie die Ortsbürgermeister, die keine Neubaugebiete mehr ausweisen *müssen* oder Vermieter die sich wie „Gutsherrenbesitzer“ aufspielen.

Aber auch die private Vermieter*in, die das Haus der Eltern geerbt hat und Angst um weniger Miete hat ist betroffen. Generell sind alle, die vermieten, negativ vom bezahlbaren Mieten betroffen. Und das ist sicherlich eine nicht zu unterschätzende Wählerschicht der etablierten Parteien. Wenn ich mir den Altersdurchschnitt vom Auricher Stadtrat ansehe – da sind viele Vermieter dabei – wenn auch nur das Haus der verstorbenen Eltern.

Die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen macht Sinn und ist gut für Bürger*innen. Die Finanzierung und Betrieb der Kaserne dürfte bei der niedrigen Zinsphase kein Problem sein – wenn ein Wille da wäre, hier bezahlbaren Wohnraum in einem neuen Stadtteil zu schaffen.

Ich denke mir, eine Vielzahl von Lobbyisten und einzelnen Vermietern steht dagegen – und die haben die Macht, die in den etablierten Parteien verankert ist wir sollten uns auf die Gegner*innen für bezahlbaren Wohnungen einstellen...

3. Entwicklung eines Radverkehrskonzeptes eingeleitet

Von Viola Czerwonka

Nachdem wir am 27.01.2017 einen Antrag auf Sachstandsbericht zum Thema Fahrradverkehr gestellt haben, in welchem wir konkret auf das Thema Radverkehrskonzept und Maßnahmen wie Fahrradstraßen sowie Radrandfahrstreifen eingegangen sind, hat die Verwaltung eine zusätzliche Sitzung des Umweltausschusses am 09.03.2017 einberufen. Hier stellte die Verwaltung einen zeitlichen Fahrplan für die Entwicklung eines Radverkehr-Masterplans vor, welcher die Nachfolge des in den 90ern erstellten Radverkehrskonzeptes antreten und auf Grundlage moderner Ansätze entwickelt werden soll. Der zeitliche Fahrplan sieht vor, dass zunächst eine Art Fachgremium gebildet wird, welches sich aus Verwaltung, Polizei, Vereinen und weiteren Experten zusammensetzt. Dieses analysiert den Ist-Zustand der Auricher Radverkehrsinfrastruktur und entwickelt konkrete Vorschläge zu deren Optimierung. Eine erste Sitzung soll im April stattfinden. Anschließend soll die Politik in Form des Umweltausschusses darüber entscheiden, welches Gewicht der Radverkehr grundsätzlich zukünftig in der kommunalen Verkehrsentwicklung haben wird und welche Maßnahmen zur Erreichung des formulierten Zieles angewendet werden sollen. Hierüber soll noch möglichst vor der sitzungsfreien Zeit im Sommer entschieden werden.



Als grüne Ratsfraktion befürworten wir diesen Fahrplan, solange dieser denn auch wirklich umgesetzt wird. Aus dem aktuellen Controlling-Bericht ergibt sich, dass viel zu lange im großen Umfang in den Bau und Umbau von Verkehrsflächen investiert wurde, ohne dass die Radverkehrsführung auf Grundlage eines modernen Konzeptes mit eingebunden wurde. Es wird endlich Zeit, dass der Radverkehr und auch der fußläufige Verkehr höhere Stellenwerte eingeräumt bekommen und deren Attraktivität gesteigert wird. Hiermit könnten einige Verkehrsproblematiken kostengünstig und umweltschonend gelöst

werden. Auch die Sicherheit des Verkehrs könnte optimiert werden. Durch einen Masterplan Radverkehr ergibt sich die Möglichkeit einer Modernisierung der Radverkehrsführung, in welcher Radwege nicht nur als Abfallprodukt des Straßenverkehrs behandelt werden.

4. Neues aus der Fair-Trade-Steuerungsgruppe der Stadt Aurich

Von Sonja Jakob



Seit unserem Einzug in den Auricher Rat im Nov. 2016 hat die Steuerungsgruppe Fair-Trade zweimal nichtöffentlich getagt. Die Steuerungsgruppe besteht aus 13 Vertreter*innen von Politik, Wirtschaft, Schulen, Kirche und den Medien. Zum Letzt genannten gehörte kürzlich auch ein Vertreter von den ON, der aber inzwischen aus nicht näher bekannten Gründen die Steuerungsgruppe verlassen hat. In der konstituierenden Sitzung wurde durch den Vorsitzenden auf wenig partizipative Weise klargestellt, dass der zeitliche Rahmen der Sitzungen (aus privaten Gründen) nur sehr begrenzt sei. Nach seiner Ernennung und der seines Vertreters, sowie einer kurzen Vorstellungsrunde verwies der Vorsitzende während des inhaltlichen Diskurses erneut darauf, dass aus privaten Gründen nicht länger als 90 Minuten getagt werden könne und behielt sich das Recht vor, den Redefluss unterbinden zu dürfen. Zur zweiten Sitzung ließ sich der Vorsitzende freundlich durch seinen Stellvertreter entschuldigen. Einer Einladung der Hochschule Emden für den 10.04.2017 konnte der Vorsitzende aus persönlichen Gründen nicht folgen, um die Fair-Trade- Gruppe zu repräsentieren bzw. und bat um Vertretung. Wir sind gespannt, wie es weitergeht.

Trotzdem oder gerade deswegen haben wir beim zweiten Treffen sehr konstruktiv gearbeitet. Auch wenn ich bis heute noch nicht erfahren habe, was die Ziele dieser Steuerungsgruppe sind und warum sie nicht öffentlich tagt, was eigentlich logisch wäre, wenn man Fair-Trade in der Bevölkerung verankern will, (eine Satzung gibt es nicht, die Rechtsgrundlage liefert die NKomVG), so weiß ich nun, dass die Stadt der Gruppe insgesamt 7.000 Euro für das Jahr 2017 zugewiesen hat. Hiervon muss der Mietzuschuss 12x300 Euro abgezogen werden, dann verbleiben noch insgesamt 3.400 Euro, um die Marke „Fair-Trade-Stadt“ voran zu treiben.



Kürzlich wurde das Fairmobil freigegeben (die ON berichtete). Dieses wird durch den Verein Namaste getragen und stand an einem der letzten Samstage in der Zeit von 10:00 bis 13:00 Uhr in der Burgstraße gegenüber dem Lambertiturm. Nach Anfrage meinerseits wurde dieses Fairmobil gut besucht und hat den Fair-Trade-Gedanken somit weiter in die Öffentlichkeit getragen. Dieses Vorhaben sollte unbedingt unsere volle Unterstützung erhalten. Nach diesem Auftakt soll das Fairmobil dann jeden Freitag vor der Raiffeisen- und Volksbank, aber auch zu anderen Veranstaltungen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die anfallenden Standgebühren müssen vom Verein Namaste getragen werden. Diese engagieren sich ehrenamtlich für den Fair-Trade-Gedanken und betreiben ebenso ehrenamtlich den Weltladen in der Wallstraße. Begründung von vom Stadtmarketing: Hier müsse der Gleichbehandlungsgrundsatz gegenüber den anderen Marktbeschickern beachtet werden. Diese Logik bleibt ein Geheimnis.

In den nächsten Monaten wird die Faire Woche, die in der Zeit vom 15. bis 29. September 2017 stattfinden wird, geplant. Das Faire Frühstück findet schon mal am 23.09. im EEZ statt (Kostenpunkt: 10 Euro). Es sollen alle Organisationen, die im Flyer aufgeführt werden, eine gemeinsame Aktion gemacht werden (https://www.aurich.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Fairtrade_Flyer.jpg). Weiteres ist noch offen und wird in den nächsten Monaten weiterentwickelt. Die IGS-West möchte einen Fairmaten anschaffen und bat die Gruppe um eine Bezuschussung in Höhe von 200 Euro von insgesamt 1.800 Euro. Danach folgte eine leidenschaftliche Diskussion. Der Medienvertreter und ich fanden das ziemlich daneben und verwiesen darauf, dass man jetzt mal ein Zeichen setzen sollte, konnten uns damit aber

5. Nachbetrachtung zum Konzessionsvertrag

Von Gila Altmann

Das Verfahren

In ihrem Wahlprogramm sprechen sich die Grünen eindeutig für die Etablierung von Stadtwerken aus. Deshalb war auch die Positionsfindung schwierig, wie mit dem vorliegenden Ergebnis zum Bieterverfahren umzugehen sei. Das organisatorische Verfahren zur Entscheidungsfindung machte es nicht gerade einfacher. Geplant war, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates weder die Papiere bekommen, noch an den Sitzungen zur Vorbereitung und Abstimmung selbst teilnehmen sollten – basierend auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung aus dem Jahre 2015. Diese Entscheidung steht im krassen Gegensatz zur Niedersächsischen Kommunalverfassung (NKommVG) § 41, Abs.3 Satz 4, die ein Mitwirkungsverbot für ehrenamtliche Aufsichtsratsmitglieder ausdrücklich ausschließt. Das sah wohl auch die Kommunalaufsicht so, denn zwei Tage vor der nichtöffentlichen VA-Sitzung erhielten auch die Aufsichtsratsmitglieder die Papiere. Zusätzlich wurden **alle** Ratsmitglieder aufgefordert, an der VA-Sitzung am 02.04.17 teilzunehmen. Es blieben also gerade mal 48 Stunden Zeit, um mehr als 300 Seiten durchzuarbeiten, auf denen die angebotsbezogenen Stellungnahmen zur Ausschreibung nach einem Punktesystem gewertet wurden. Während der nichtöffentlichen Sitzung am 02.04.17 haben sich dann auch Aufsichtsratsmitglieder als Zuhörer*innen mit (kritischen) Fragen an die ausführende Firma gewandt.

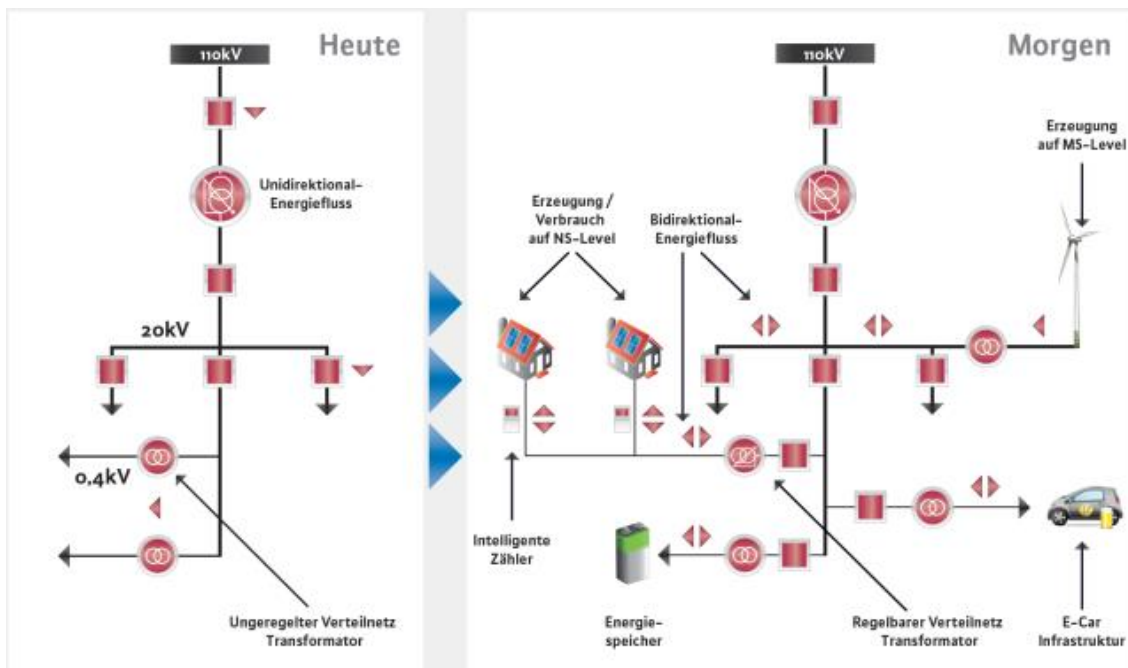
Zusätzlich zu den nicht befriedigenden Auskünften haben wir vor der entscheidenden Ratssitzung noch Akteneinsicht beantragt, die aber leider auch keine Klärung brachten.

Da diese Informationen alle vertraulich zu behandeln sind, konnte auch unsere Bewertung nur sehr allgemein gefasst werden. Wir haben unsere Bedenken gegen die Vergabe an die Stadtwerke deshalb auf 4 Seiten zusammengefasst und im nichtöffentlichen Teil am 06.04.17 zu Protokoll gegeben. Unsere Nichtzustimmung haben wir entsprechend begründet.

Trotz der eindeutigen Rechtslage wurden die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke schriftlich vom Aufsichtsratsvorsitzenden Kötting am 03.04.17 dafür gerügt, dass sie an der nichtöffentlichen Sitzung am 02.04.17 teilgenommen hatten. Verbunden mit der Aufforderung, sich an die „freiwillige“ Selbstverpflichtung zu halten wurden mögliche persönliche Konsequenzen für die Abweichler in Aussicht gestellt. Ich halte diese Art des Umgangs für wenig demokratisch und habe daher die Reißleine gezogen und mein Mandat niedergelegt. Ich wollte uns damit auch wochenlange Stellvertreterdebatten ersparen über Loyalität und Verbindlichkeit, die letztlich nur vom Wesentlichen ablenken würde, nämlich welche Konsequenzen die getroffene Entscheidung für die Stadt Aurich haben könnte.

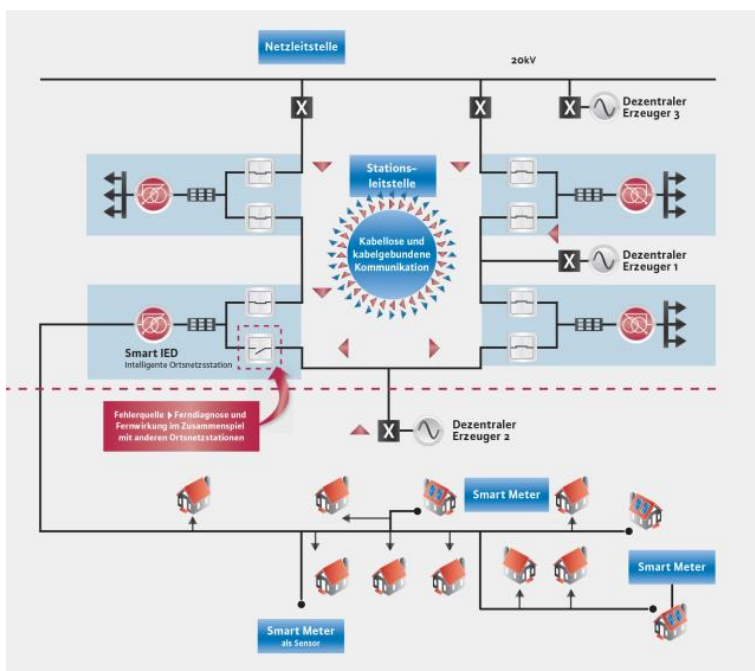
Rekommunalisierung der Netze und die ökonomische Nachhaltigkeit

Ganz unabhängig davon, dass wir es hier nur mit einer 60% Rekommunalisierung und wegen Enercon mit einer 40% Privatisierung des Verteilnetzes zu tun haben, muss dennoch klar sein, dass unsere Ablehnung des mit der Konzessionsvergabe verbundenen Netzkaufs keine Entscheidung gegen die Stadtwerke Aurich darstellt. Diese Position unterstützt auch der OV-Vorstand. Man muss sich stattdessen an dieser Stelle die Frage stellen, ob die Bedeutung des Verteilnetzes für Strom und Gas als potentielle Einnahmequelle für die Stadtwerke wirklich gegeben ist. Nach Meinung von Fachleuten quer durch hat die Bedeutung des Netzbesitzes für die Realisierung der Energiewende seit mindestens 10 Jahren immer mehr abgenommen, die Warnungen vor dem Kauf von Netzen dagegen zugenommen. Das mag teilweise ideologisch begründet sein, es lässt sich aber faktisch belegen. Fakt ist, dass Liberalisierung, das EEG und die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (ENWG) die Energiewirtschaft dramatisch verändert haben. Durch die anstehende Digitalisierung der bisherigen linearen Netze werden wir es mit Investitionen zu tun haben, die weit über das hinausgehen, was bisheriger Standard war.



Für Aurich sind diese Investitionen nirgendwo quantifiziert. Der Kauf der bestehenden Netze muss kreditfinanziert werden. Obwohl die Investitionen in die Netze von der Bundesnetzagentur mit rd. 6% verzinst werden, müssen auch dafür Kredite aufgenommen werden. Dasselbe gilt für die gesamte „oberirdische“ Infrastruktur wie Betriebsgebäude, rollendes Material und Service. Alle Einnahmen und Ausgaben werden im Verhältnis 60 : 40 geteilt.

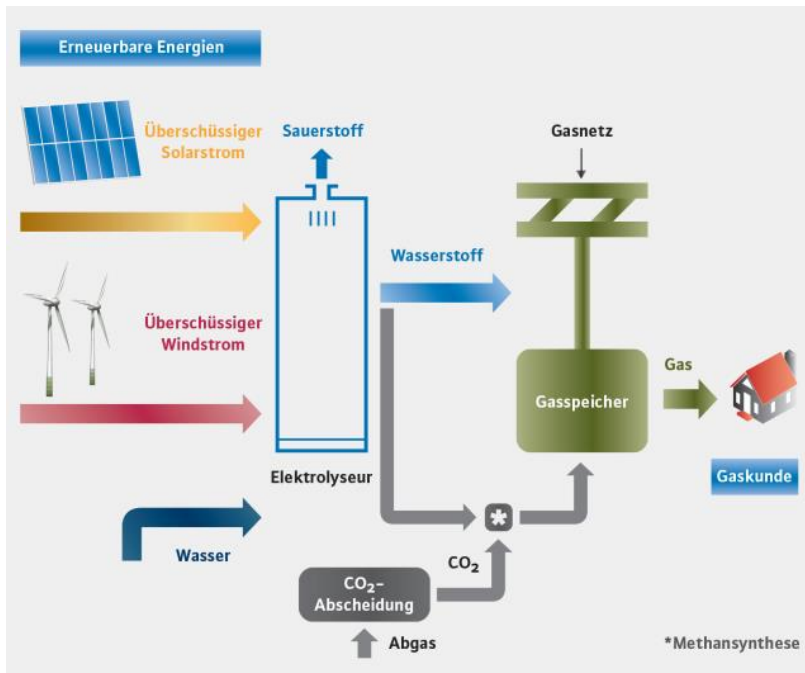
Der Einnahmeseite für die Durchleitungsgebühren stehen also umfangreiche Investitionen gegenüber. Neue Kund*innen sollen durch den Abschluss von Verträgen für Strom und Gas das Geld bringen. Das braucht aber Zeit und Wettbewerb. In Zeiten von Internet und über 400 Anbietern, die sich gegenseitig an Attraktivität im Preiskampf überbieten, eine Herkulesaufgabe. Auch hier stellt sich wieder die offene Frage nach der finanziellen Durststrecke, die die Stadtwerke und letztlich die Stadt Aurich in Form von erheblichen Defiziten durchleiden werden.



Das „grüne“ Netz

Die Stadtwerke bewerben den Kauf des Netzes damit, es nur auf diese Weise „grün“ machen zu können. Das stimmt nur bedingt. Durch die Liberalisierung bestimmt der Kunde, was durch die Netze fließt. Das kann reinster Atomstrom sein - er muss durchgeleitet werden. Einfluss nehmen können die Stadtwerke durch Ökostrom, den sie an der Leipziger Börse kaufen und unter Wettbewerbsbedingungen wieder verkaufen. Oder durch selbstproduzierten Strom durch Windkraftanlagen,

Blockheizkraftwerke (BHKW), Bio-Gas oder die neue Power-to-Gas-Speichertechnologie, die langfristig marktfähig werden könnte.



Frage ist, ob wir dafür ein eigenes Netz brauchen, da die Stadtwerke wie andere Mitbewerber auch berechtigt sind, in jedes Netz einzuspeisen, egal wem es gehört. Wenige Stromanbieter haben eigene Netze. Die Ökostromanbieter wie Lichtblick, Grün- oder Naturstrom investieren ihre Überschüsse daher in die Produktion von Ökostromanlagen, um Rendite zu erwirtschaften. Die Durchleitungsgebühren dafür werden von der Bundesnetzagentur verbindlich festgelegt. Insofern ist es an der

Zeit, mit den Konzepten der 80er und 90er Jahre kritisch umzugehen und sie den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Fazit und Ausblick:

Wenn man das Netz kaufen will, weil man es für zielführend hält, ist das eine Sache. Es würde sich sicherlich auch eines Tages amortisieren – irgendwann. Die Frage ist, ob der Stadt Aurich bei diesem Langstreckenlauf nicht die Puste ausgeht bzw andere wichtige Leistungen für unser Gemeinwesen auf der Strecke bleiben. Einen Vorgeschmack haben wir bei den diesjährigen Haushaltsberatungen bekommen. In der Abwägung dieser verschiedenen Güter haben wir uns entschlossen, diesem Vertrag nicht zuzustimmen, weil wir das Risiko für die kommenden Generationen für zu groß halten.

Auch wenn die Entscheidung im Rat gefallen ist, bleiben Fragezeichen. Wird die EWE klagen und wenn ja mit welchem Ausgang? Wann ist eine Übernahme des Verteilnetzes realistisch? Optimistische Schätzungen gehen von 2020 aus. Warten wir es ab.



Stellungnahme der Faktion zum vorliegenden Konzessionsvertrag am 6.4.17

Es ist Ziel Grüner Politik, durch Aufbau und Fortentwicklung dezentraler Strukturen bei der regenerativen Energiegewinnung nachhaltig die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Das schließt auch die Unterstützung von Stadtwerken mit ein. Die hier vorliegenden Konzessionsverträge sollten ein wichtiger Schritt für diese Entwicklung in den kommenden 20 Jahren sein. Leider stellen wir nach Durchsicht der Unterlagen fest, dass die Stadtwerke Aurich bezüglich der Anforderungen des EnWG zwar überaus großzügige Versprechen vertraglich zusichern, eine transparente Finanzplanung und ein schlüssiges, finanziell tragfähiges Wirtschaftskonzept aber daraus nicht ersichtlich wird. Das hat sich durch die von uns vorgenommene Akteneinsicht leider bestätigt.

Gewaltigen Investitionskosten besonders vor dem Hintergrund der notwendigen Digitalisierung stehen vor allem in der Anfangszeit geringe Einnahmen gegenüber, die Einflussmöglichkeiten der Stadt sind in einigen Kernpunkten des Konzessionsvertrages gering bzw gar nicht vorhanden, drohen Kern- und Regelungskompetenzen der Stadt durch vertraglich zugesicherte Konditionen unter Zugzwang zu geraten. Es steht insbesondere zu befürchten, dass sich die Stadt ähnlich wie schon beim EEZ, der Baalje oder dem Familienzentrum einen teuren Zuschussbetrieb ans Bein bindet, der die Investitionsmöglichkeiten und den politischen Handlungsspielraum für die kommenden Jahrzehnte nachhaltig belastet. Aus diesem Grund können wir dieser Vorlage nicht zustimmen. Um der Vertraulichkeitspflicht nachzukommen, können wir die detaillierte Begründung zu den von uns kritisierten Vertragsbestandteilen nicht öffentlich erörtern, sondern haben sie zu Protokoll des VA gegeben.



Gila Altmann

Persönliche Erklärung zur Niederlegung meines Sitzes im Aufsichtsrat der Stadtwerke

Nach § 41, Abs.3. Satz 4 NKomVG habe ich als Aufsichtsratsmitglied ein verbrieftes Mitwirkungsrecht im Rat bei der Entscheidung zum Konzessionsvertrag. Dies ist am 08.10.2015 vom damaligen Rat durch eine freiwillige Selbstverpflichtung mehrheitlich aufgehoben worden. Die Selbstverpflichtung bezieht sich darauf, dass die Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke auf ihr Recht auf Mitwirkung durch Abstimmung verzichten.

Für mich ist die Meinungsfreiheit und die freie Entscheidung als Mandatsträgerin ein hohes Gut. Ich möchte ich mich öffentlich bekennen, was ich vertrete und die politische Verantwortung dafür tragen. Durch diese Selbstverpflichtung aus dem Jahr 2015, an der ich nicht beteiligt war, sollte mir dieses Recht verwehrt werden. Ein Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden Kötting an die Aufsichtsratsmitglieder vom 03.04. 2107 diente m. E. der Einschüchterung und geht aus meiner Sicht schon in den Bereich der Nötigung, nach § 240 I StGB „**Drohung mit einem empfindlichen Übel**“. Da dies vom Recht nicht gedeckt ist, bleibt die moralische Seite. Für mich ist es zum einen nicht hinnehmbar, dass versucht wurde, eine freiwillige Selbstverpflichtung mit Druck und Daumenschrauben durchzusetzen. Zum anderen - in der Abwägung, welches Gut für mich höher zu bewerten ist, nämlich die Statuten des Aufsichtsrates oder mein Recht als Ratsfrau auf eine klare Positionierung für die Stadt Aurich ziehe ich letzteres vor und möchte von meinem Stimmrecht Gebrauch machen. Im Gegenzug habe ich mein Mandat als beratendes Aufsichtsratsmitglied bei den Stadtwerken niedergelegt



Der Aufreger des Monats

Kaum hat die Frühlingsaison begonnen, häufen sich die Komposthaufen im Wald, auf Parkplätzen und überall da, wo sie nicht hingehören. Man bekommt den Eindruck, dass alle Hemmungen fallen, wenn es darum geht, den eigenen Müll der Allgemeinheit in ihren öffentlichen Raum zu kippen. Anscheinend wird das entsprechend als Sport bzw. als Kavaliersdelikt angesehen und verharmlost. Im Sandhorster Wald droht ein Bodendenkmal zu verschwinden, weil der Panzergraben zum Abkippen von Gartenabfällen und Grasschnitt ideal zu sein scheint. Wen es stört, der kann es ja wegräumen. Ehrenamtliche gibt's schließlich genug, die sich um die Hinterlassenschaft sozialer Analphabet*innen kümmern. Wir denken, dass die städtischen Gremien handeln müssen. Appelle, Schilderhinweise scheinen nicht mehr zu helfen. Welche Konsequenzen hilfreich und angemessen sind muss in zuständigen Gremien offensiv diskutiert werden.

Termine Termine Termine

Am Mittwoch, 26. April 2017 – Verabschiedung des Haushalts 2017 im Rat

Am Sonntag, 11. Juni 2017 ist die Abstimmung über den Bürgerentscheid

Am Samstag, 17. Juni 2017 zelebrieren wir die offene Gesellschaft



Mit grünen Grüßen

Vorstand und Fraktion

V.i.S.d.P : Gila Altmann, am Wald 49, 26605 Aurich